
FRAKTIONSBSCHLUSS VOM 7.1.2016

» SO SCHAFFEN WIR DAS – GRÜNE PERSPEKTIVEN FÜR EINEN AUFBRUCH IN EINE GELINGENDE INTEGRATION



In Deutschland wächst ein neues Zusammenleben. Aus Flüchtlingen werden Nachbarn, Arbeitskolleginnen und –kollegen, Kitafreunde. Über eine Million Menschen haben 2015 bei uns Schutz gesucht, auch in diesem Jahr werden weitere Flüchtlinge kommen. In der deutschen Bevölkerung gibt es eine riesige Hilfsbereitschaft. Aber auch Ängste und Vorbehalte, denen wir begegnen müssen. Vielerorts manifestierte sich auch Hass und Gewalt. 2015 gab es getrieben durch die Hetze von Rassisten und Nazis über 800 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte. Diesem Mob müssen wir uns mit unserem Entwurf einer offenen Gesellschaft entgegen stellen. Viele Flüchtlinge wiederum sind im Moment einfach nur dankbar, ein Dach über dem Kopf zu haben. Doch ein Platz in einer Turnhalle ist keine Lebensperspektive. Zum Ankommen gehört mehr als ein Dach über dem Kopf.

2016 muss vor allem ein Jahr des Aufbruchs zu einem neuen Miteinander werden. Der Handlungsauftrag an die Politik lautet, gute Bedingungen für Integration zu schaffen: mit ausreichend bezahlbaren Wohnungen, mit neuen Lehrerinnen und Lehrern, mehr Deutschkursen, mehr Arbeitsmöglichkeiten, mehr Teilhabe. Flüchtlinge sollen Neubürgerinnen, Nachbarn und Arbeitskolleginnen werden. Dafür müssen wir gegenseitige Erwartungen verhandeln und kulturelle Differenzen abbauen. Integration ist ein Projekt, das alle angeht. Nicht nur Flüchtlinge sollen von den nötigen Veränderungen bedacht werden, sondern all diejenigen, die in Deutschland an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Wir wollen jetzt den Schritt von der Willkommenskultur zur Willkommensinfrastruktur gehen.

Integration ist das, was wir jetzt zusammen daraus machen. Integration ist überall dort, wo wir zusammen leben, arbeiten, diskutieren und lernen. Integration scheitert nicht daran, dass die einen und die anderen Kultur und Tradition weiter leben. Dass dazu zumindest Toleranz gehört, im besten Fall auch Interesse am anderen und im allerbesten Fall etwas neues Gemeinsames, in dem sich alle zu Hause fühlen, ist nicht selbstverständlich, aber erst recht nicht unmöglich. Noch nie wurde in Deutschland so viel über Flüchtlinge gesprochen und nachgedacht. Richtig ist: Die Menschen, die hierherkommen, haben oft andere Hintergründe, Erfahrungen, ganz unterschiedliche Erwartungen, Fähigkeiten und Bedürfnisse. Sie sprechen andere Sprachen und viele von ihnen sind religiöser geprägt als wir.

Unsere Gesellschaft hat immer wieder gewaltige Integrationsprozesse ermöglicht und erlebt und davon enorm profitiert. Wir haben gelernt, dass es nicht die eine Integration gibt, sondern vielfältige Prozesse: viele kleine Schritte, auch Rückschläge, aber insgesamt geht es voran. Unsere Gesellschaft ist vielfältig, gerade das zeichnet sie aus. Unser Land wird jünger und noch vielfältiger, es wird sich verändern. Auch die Menschen, die neu zu uns kommen,

werden sich verändern. Grundlage unseres Zusammenlebens ist und bleibt das Grundgesetz, sind Menschenwürde, Freiheit und die gleichberechtigte Teilhabe aller in einer offenen, demokratischen Gesellschaft und einem gemeinsamen Europa. Das sicherzustellen ist in erster Linie Aufgabe staatlicher Institutionen und der Politik. Das Grundgesetz ist die zentrale Grundlage dieser Gesellschaft und es lässt vor allem den Raum für ein selbstbestimmtes Leben. Das müssen wir vermitteln. Unsere Verfassung gilt für alle, egal ob jemand aus Damaskus oder aus Dresden kommt.

Antisemitismus, Homophobie, Rassismus, Gewalt gegen Frauen, häusliche Gewalt, Dschihadismus oder Hetze gegen Muslime dürfen in Deutschland keinen Platz haben. Wir wissen, wir können auf die Stärke und Ausstrahlungskraft unserer freien und vielfältigen Gesellschaft vertrauen und müssen sie vermitteln.

2015 war ein Jahr der Nothilfe, des Improvisierens und einer aktiven und engagierten Zivilgesellschaft. Millionen Helferinnen und Helfer überall in Deutschland haben geholfen, Essen ausgeteilt, in Schichtsystemen gearbeitet oder haben gespendet. Auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sozialer Einrichtungen und Behörden wurde und wird Großartiges geleistet. Länder und Kommunen haben in ungeheurem Tempo und oft über Nacht Notunterkünfte geschaffen, sie haben ihre Verwaltungen ausgebaut. Ihre Energie gilt es zu erhalten, ihre Erfahrungen zu nutzen und sie zu unterstützen. Dafür fehlt es in der Bundesregierung an einer funktionierenden Steuerungseinheit. Eine Reihe von Ländern ist da längst weiter. Das zeigen die grün-geführten Integrationsministerien in Rheinland-Pfalz und Thüringen, das zeigt die erfolgreiche Integrationspolitik in Baden-Württemberg, der Aktionsplan in Hessen und die schulische Willkommenskultur in Nordrhein-Westfalen.

Wir fordern umgehend ein Migrations- und Integrationsministerium auf Bundesebene inklusive der ausländer- und asylrechtlichen Kompetenzen. Eine Koordination der Integration auf Bundesebene gibt es derzeit nicht. Die Kompetenzverlagerung von Bundesinnenminister Thomas de Maizière auf Kanzleramtschef Peter Altmaier brachte keine Fortschritte, sondern verunklart die Verantwortlichkeiten. Wir fordern dies auch, weil das Gelingen von Integration nicht vom geografischen Zufall abhängen darf. Es ist der Auftrag der Bundesregierung für gleichwertige Lebensverhältnisse bundesweit zu sorgen. Integration ist so zu gestalten, dass die Bedingungen überall von Rostock bis Konstanz gleich gut sind. Dieses Ziel gilt es auf die europäische Ebene mitzunehmen. Bei der Frage nach guter Integration können wir voneinander lernen und sollten den Austausch suchen. Unser Interesse muss es sein, dass die Integration in allen europäischen Ländern gelingt.

Fälle von Versagen von Bürokratie und politischer Verantwortung wie in Berlin, das mit dem LAGeSo traurige Berühmtheit erlangte, müssen sanktioniert und die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Das tägliche Hin und Her in und zwischen den drei Regierungsparteien CDU, SPD und CSU führt nicht zu Vertrauen, sondern zu Verunsicherung. Die große Bürgerbewegung des Helfens und des Zusammenhaltes gleicht an vielen Stellen die Verwaltungs- und Bürokratiekrise soweit wie möglich aus. Dennoch fallen der großen Koalition ihre Versäumnisse der vergangenen Jahre

auf die Füße – etwa beim Wohnungsbau oder fehlenden Plätzen in den Integrations- und Sprachkursen, vor allem aber die jahrelang verfehlte Politik des Bundesinnenministeriums gegenüber dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die dortigen Personal- und Arbeitskapazitäten viel zu knapp zu halten. Ein schlüssiges Gesamtkonzept für Integration sucht man vergeblich.

Statt genügend in die alltägliche demokratische Integrationsarbeit, in Dialog und Begegnung zu investieren, setzt die Union auf eine rein formale Unterschrift unter lange Pflichtenkataloge. Diese Bundesregierung muss endlich auf Arbeitsmodus umschalten: Integrationspolitik muss einer klaren Linie folgen.

Auf die Tagesordnung gehört jetzt erst recht ein modernes Einwanderungsgesetz mit klaren Regeln für Menschen, die wegen Perspektivlosigkeit aus ihrer Heimat fliehen. Sie sollten in unserem Land ihre Chance auf Arbeit und Auskommen suchen können, ohne über das Asylrecht zu gehen. Das Einwanderungsgesetz muss klare Kriterien dafür vorgeben, wem der Spurwechsel von der Asylbewerberin und vom Asylbewerber zur Arbeitsmigrantin und zum Arbeitsmigranten ermöglicht werden kann.

Während CDU, CSU und SPD über völkerrechtswidrige Obergrenzen populistische Debatten führen, fehlt es nach wie vor an einem schlüssigen Gesamtkonzept für Integration und an einer bundesweiten Steuerung. Integration ist ein mindestens zweiseitiger Prozess. Die Forderungen nach einseitigen Integrationspflichten sind falsch. In erster Linie ist der Staat in der Pflicht, die notwendige Infrastruktur bereit zu stellen.

Integration gibt es nicht zum Nulltarif, aber gut gemacht zahlt sie sich am Ende für alle aus. Wir müssen mehr investieren, damit wir auch in Zukunft gut leben. Der wirtschaftliche Erfolg von Regionen hängt maßgeblich von der Offenheit unserer Gesellschaft ab. Offene Gesellschaften sind innovative Gesellschaften. Dafür benötigen wir Zugänge in den Arbeitsmarkt und in unsere Bildungssysteme. In den nächsten Monaten stellt die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen den Dreiklang gemeinsam Leben, Teilhabe und Unterstützung für gute Integration in den Mittelpunkt.

GEMEINSAM LEBEN

Damit Flüchtlinge in ihrem neuen Leben gut ankommen können, brauchen sie eine gesicherte Aufenthaltsperspektive. Viele Flüchtlinge warten bisher über Jahre auf einen sicheren Aufenthaltstitel. Das war von vielen Konservativen politisch so gewollt. Das verlangsamt und torpediert Integration:

- Je schneller der Zugang zu Integrationsmaßnahmen eröffnet ist, umso besser. Deshalb braucht es eine zügige Registrierung der Ankommenden, was Voraussetzung für eine gründliche Sicherheitsüberprüfung ist, sowie schnelle, transparente und rechtsstaatliche Verfahren. Selbstverständlich muss vorher ohnehin an den Schengen-Außengrenzen kontrolliert werden, wer nach Europa ein- und ausreist. Aber das darf nicht zum Schließen der Grenzen für Schutzsuchende missbraucht werden. Vorschriften, die

unnötig Behörden-Kapazitäten binden, wie die Rückkehr zur Einzelfallprüfung für syrische Flüchtlinge, gehören beseitigt. Das Heidelberger Modell, das inzwischen andere Bundesländer wie Thüringen übernehmen, ist dafür ein sehr gutes und bereits funktionierendes Beispiel.

- Warteschleifen, in denen Flüchtlinge ohne Arbeit sind und sie keine Integrationskurse besuchen, sind kontraproduktiv.
- Der familiäre Zusammenhalt ist für das Ankommen und die Integration elementar. Wir sagen daher „Nein“ zu allen Versuchen, den Familiennachzug einzuschränken – und dies nicht nur aus menschenrechtlichen, sondern auch aus integrationspolitischen Gründen.
- Die Residenzpflicht ist kontraproduktiv für die Integration. Wir wollen Bewegungsfreiheit in Deutschland für die Menschen die zu uns kommen und keinen Hausarrest.

Es braucht geeigneten Wohnraum. Flüchtlinge können nicht auf lange Zeit in Gemeinschaftsunterkünften leben. Gerade damit werden sie ausgeschlossen. Insbesondere in den Ballungszentren stehen schon seit geraumer Zeit zu wenige Wohnungen zur Verfügung, um allen Menschen guten und preiswerten Wohnraum zu ermöglichen. Jährlich gehen sogar durch das Auslaufen der Sozialbindung 60.000 Sozialwohnungen verloren. Dieser Trend muss umgekehrt werden:

- Wir brauchen einen starken sozialen Wohnungsbau für Menschen mit kleinem Einkommen, nur so verhindern wir Konkurrenz um die günstigen Wohnungen. Die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau müssen auf mindestens zwei Milliarden Euro im Jahr aufgestockt werden.
- Eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit kann dazu beitragen, dass neue, dauerhaft günstige Wohnungen für die Menschen entstehen, die wenig Geld haben. So erhalten wir unsere Nachbarschaften lebendig.
- Wohnungsgenossenschaften sind wichtige und solidarische Akteure für gutes Wohnen. Wir wollen für sie Anreize stärken, in neue Projekte zu investieren.
- Es dürfen keine anonymen Siedlungen mit abgesenkten Standards am Rande der Städte entstehen. Integration wird dann gelingen, wenn wir Flüchtlinge inmitten unserer Städte und Gemeinden unterbringen, wenn wir gemeinsam leben.
- Es gibt Kommunen, die explizit dafür werben, dass Flüchtlinge sich bei ihnen niederlassen. Sie muss man bei Instandsetzung von vorhandenem Wohnraum besonders unterstützen.

Der Schutz der einzelnen zu uns kommenden Menschen muss im Mittelpunkt stehen. Sicherheit der Ankommenden ist ein Schritt für Vertrauen in die neue Gesellschaft.

- Integration braucht Entschiedenheit gegen jede Ausgrenzung, Hetze und rassistische Gewalt. Dazu gehören verstärkte zivilgesellschaftliche Prävention ebenso wie klare

Antworten des Rechtsstaates: Niemand darf sich sicher dabei fühlen, wenn er andere menschenverachtend beschimpft, geistige Brandstiftung betreibt, Menschen bedroht und angreift.

- Kinder, Jugendliche und Frauen sind vom Leben auf engstem Raum ohne Privatsphäre in der Flüchtlingsaufnahme besonders betroffen, auch Menschen mit Behinderungen und Gruppen mit erhöhtem Diskriminierungsrisiko wie Lesben, Schwule, Transgender, trans- und intersexuelle Menschen. Wir müssen die Aufnahme so gestalten, dass alle sicher sind. Dazu gehören Gewaltschutzkonzepte und ein Ausbau der Aufnahmestrukturen.
- Wir wissen, dass viele Flüchtlinge Schlimmstes erlebt haben. Es ist unsere Aufgabe, bedarfsgerechte psychosoziale und gesundheitliche Unterstützung sicherzustellen. Der möglichst frühzeitige Zugang zur gesundheitlichen Versorgung ist elementar. Dringend erforderlich sind dabei qualifizierte Sprachmittlerinnen und Kulturmittler und deren Finanzierung.
- Wenn mehr Polizistinnen und Polizisten mit Migrationshintergrund eingestellt werden und mehr Migrantinnen und Migranten in den öffentlichen Verwaltungen arbeiten, wird das Vertrauen in die staatlichen Einrichtungen gestärkt und ein Beitrag für mehr Sicherheit geleistet. In Deutschland hat heute jeder fünfte Mensch einen Migrationshintergrund, bei den unter Zwanzigjährigen bereits fast jeder dritte. Das muss sich auch in den Neueinstellungen im öffentlichen Dienst so widerspiegeln.

TEILHABE ERÖFFNEN

Unsere Gesellschaft fußt auf dem Versprechen der Chancengleichheit durch Bildung und Arbeit – dies muss auch für Flüchtlinge gelten. Zu Beginn des Aufenthalts in Deutschland muss die Möglichkeit zum Erlernen der deutschen Sprache im Mittelpunkt stehen. Sprache schafft Zugänge und sichert Unabhängigkeit. Es ist absurd mit Sanktionen zu drohen, wenn die Neuankommenden noch viel zu lange auf Sprachkurse warten müssen. Kein einziger individueller Integrationsverlauf darf daran scheitern, dass Plätze in Kita, Schule, Uni oder im Sprachkurs fehlen oder dass an Sozialarbeit an Schulen gespart wird. Doch in Deutschland wurde über Jahre zu wenig in Bildung investiert. Aber ohne Bildung kann Integration nicht gelingen. Ein erfolgreiches Einwanderungsland braucht gute Bildungseinrichtungen. Wir müssen unser Bildungssystem so ausbauen, dass die Chancen auf Teilhabe gefördert werden:

- Wenn es richtig ist, dass Sprache der Schlüssel zur Integration ist, dann muss Schutzsuchenden so schnell wie möglich Zugang zu den Integrationskursen geöffnet werden. Die Bundesregierung will jedoch ganze Flüchtlingsgruppen von diesen Kursen ausschließen, obwohl diese Menschen erkennbar bei uns bleiben werden. Das ist integrationsfeindlich. Das muss ändern, wer den Integrationserfolg wirklich will. Die Integrationskurse dienen auch der Vermittlung unserer pluralistischen, freiheitlich-demokratischen Rechts- und Werteordnung.

- Es braucht eine Bildungsoffensive, die die frühkindliche, schulische, berufliche und hochschulische Bildung umfasst. In allen Bildungsorten muss sich die gesellschaftliche Vielfalt widerspiegeln. Damit dafür genügend qualifizierte Fachkräfte, Räumlichkeiten und geeignete Materialien zur Verfügung stehen, sehen wir den Bund in der Pflicht, die Länder in den nächsten zehn Jahren mit jährlich mindestens einer Milliarde Euro zu unterstützen.
- Wir brauchen einen einklagbaren Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung auch für die über Dreijährigen mit guter Qualität in einer Kita für alle Kinder. Dieser gilt dann für Flüchtlingskinder genauso wie für alle anderen.
- Das Kooperationsverbot ist auch ein Integrationshemmnis. Es muss endlich fallen.

Neben Bildung ist Arbeit ein weiterer entscheidender Baustein für Integration und Teilhabe. Die Voraussetzungen für eine gelungene Arbeitsmarktintegration sind aber gegenwärtig weder für Flüchtlinge noch für Langzeitarbeitslose gegeben. Die meisten Flüchtlinge wollen arbeiten, sie wollen hier selbstständig leben können. Auch die Wirtschaft will die Flüchtlinge als Arbeitskräfte annehmen und aufnehmen. Wenn die Integration gelingen soll, dann ist es höchste Zeit, die Bedingungen für Flüchtlinge am Arbeitsmarkt zu verbessern, ohne dass dies zulasten Langzeitarbeitsloser geht. Folgende Schritte sind dafür nötig:

- Rechtliche und bürokratische Hürden müssen konsequent beseitigt werden. Die Vorrangprüfung gehört ebenso abgeschafft wie alle Beschränkungen für Flüchtlinge bei der Leiharbeit.
- Auch die mangelhafte Regelung zum Bleiberecht während der Berufsausbildung muss nachgebessert werden. Während der Ausbildung muss eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, die für eine anschließende Beschäftigung verlängert werden kann. Nur das schafft wirklich Rechtssicherheit für Auszubildende und Betriebe. Gleiches gilt für studierende Flüchtlinge.
- Flüchtlinge mit geringer Schulbildung sollen vorrangig schulische Bildung erhalten und die Möglichkeit bekommen, eine Ausbildung zu absolvieren. Ein hoher Praxisanteil und verlängerte, staatlich geförderte Ausbildungszeiten können dazu beitragen.
- Arbeitsagenturen und Jobcenter müssen als Integrationsteams bei der Unterstützung der Flüchtlinge von Anfang an rechtskreisübergreifend zusammenarbeiten. Sonst drohen Doppelarbeit und Brüche in der Integration, wenn Flüchtlinge nach der Anerkennung von der Arbeitsagentur in die Jobcenter wechseln.
- Weil die Bundesregierung es auch in der Arbeitsmarktpolitik zu lange versäumt hat, klare und funktionierende Strukturen für Flüchtlinge aufzubauen, sind andere Akteure in die Bresche gesprungen. Unbeabsichtigter Nebeneffekt dieser Tatkraft: Inzwischen ist ein unübersichtlicher Dschungel an Projekten ohne politisches Gesamtkonzept entstanden. An die Stelle der vielen unkoordinierten Einzelprojekte muss jetzt ein System treten, das flexible und passgenaue Unterstützung aus einer Hand bietet. Um

den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen, braucht es Qualifizierungsmaßnahmen für Flüchtlinge, die sie auf die Anforderungen in den Betrieben vorbereiten. Bereits existierende Instrumente wie zum Beispiel die Einstiegsqualifizierung müssen an die Bedürfnisse der Flüchtlinge angepasst, ausgeweitet und je nach Bedarf mit Sprachkursen, Orientierungsworkshops, usw. kombiniert werden.

Mit diesem Baukastensystem ohne starre Altersgrenzen bekommt jeder Flüchtling genau die Unterstützung, die er oder sie auf dem Weg in Arbeit und Ausbildung braucht. Aber auch die Unterstützung und Beratung beim Weg in die Selbständigkeit bietet Potenzial für den Arbeitsmarkt und Chancen auch für die Flüchtlinge, die oftmals aus Herkunftsländern kommen, in denen Selbständigkeit eine große Rolle spielt.

Teilhabe heißt für uns, dass wir uns nicht nur auf die berufliche Karrieren der Flüchtlinge konzentrieren dürfen:

- Bundesweit Integrationscenter – Hilfe für Helferinnen und Helfer sowie Teilhabe für Flüchtlinge. Wir wollen flächendeckend kommunale Integrationscenter gründen in jedem der 295 Landkreise und 110 kreisfreien Städte. So können Initiativen, Helferinnen und Helfer, Unternehmen, Wohlfahrtsverbände genauso auch die Flüchtlinge die Bedingungen von Integration unter staatlicher Aufsicht selbst organisieren und teilautonom verwalten. Eine zentrale Anlaufstelle für alle Beteiligten vor Ort ist wichtig, damit Geld, Kompetenzen, Know-how und Engagement an einem Platz vereint werden. Durch Bündelung der Kräfte und stärkere Selbstverwaltung wird hemmende Bürokratie abgebaut. Blockierende Mehrfach-Zuständigkeiten und unnötiges Kompetenzgerangel werden so beendet. Dazu gibt es gute Erfahrungen aus Nordrhein-
- Integrationslotsen, -managerinnen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die in den Integrationscentern auf Abruf jeder Einrichtung beratend zur Seite stehen, um den neuen Nachbarinnen und Nachbarn ihren Einstieg in Job, Nachbarschaft und Schulen zu erleichtern, aber auch um interkulturell oder zwischen den Religionen, zu vermitteln. Gerade die Menschen mit eigener Fluchterfahrung sind ebenso wie Nachkommen der Gastarbeitergeneration für all das gefragte Expertinnen und Experten. Wahrscheinlich werden auch Konflikte zwischen denen, die zu uns kommen, nicht ausbleiben. Darauf müssen wir vorbereitet sein und besonnen reagieren.
- Mit der Kinder- und Jugendhilfe wurden in Deutschland gute Strukturen und Standards geschaffen, die Kinder, Jugendliche und ihre Familien beim Aufwachen unterstützen und fördern. Um Integration erfolgreich zu gestalten, müssen die vorhandenen Strukturen für junge Flüchtlinge geöffnet und gestärkt werden. Die vielfältigen Erfahrungen, die in der Vergangenheit bei der Integration von den Kindern der Gastarbeitergeneration oder den Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern bereits

gemacht wurden, können heute genutzt werden. Dafür braucht es eine starke Jugendhilfe und einen Ausbau der interkulturellen Jugendarbeit.

- Auch in unserem kulturellen Zusammenleben müssen und werden Flüchtlinge ihren Ort finden. Kultur ist ein wichtiger Ort der Verständigung über Werte und die eigene Identität zwischen Menschen mit unterschiedlicher Geschichte. Und perspektivisch geht es um das Hineinwachsen in die politische Teilhabe – als Neubürgerinnen und Neubürger, als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger von morgen.

ENGAGIERT UNTERSTÜTZUNG LEISTEN

Für eine erfolgreiche Integration braucht es die Flüchtlinge und es braucht die aufnehmende Gesellschaft. In jedem Jahresrückblick wurde zu Recht auf das überwältigende Engagement von freiwilligen und hauptamtlichen Helferinnen und Helfern hingewiesen. Viele Menschen in Deutschland sind bereit, sich für Flüchtlinge zu engagieren. Und auch die Haltung der Flüchtlinge wird eine entscheidende Rolle spielen. Es muss den Willen auf Seiten der Neueingewanderten geben, hier anzukommen. Eine offene, willkommen heißende Haltung wird dazu beitragen.

Dabei ist völlig klar, dass die Integration nicht allein die Arbeit von engagierten Einzelpersonen und Initiativen sein kann. Wir brauchen die professionellen Kräfte und das Wissen unserer Verwaltungen, der Verbände und von den vielen Projekten in diesem Land. Engagement braucht einen nachhaltigen Rahmen um sich zu entfalten und langfristig wirken zu können. Es muss gelingen, den Flüchtlingen eine Unterstützung zu gewähren, die ihnen langfristig in ihren individuellen Lebenslagen notwendige Unterstützung zukommen lässt. Vom Spracherwerb, über berufliche Qualifikationen bis hin zur sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit können sich viele Hürden ergeben – wenn wir die Menschen langfristig begleiten, werden sie sich einfacher und schneller zurechtfinden. Auch der Bund muss seinen Teil dazu beitragen, dieses freiwillige Engagement vor Ort zu unterstützen und zu verstetigen – auch und gerade, wo es um das selbstorganisierte Engagement von Flüchtlingen geht:

- Die staatlichen Versorgungslücken insbesondere bei der Aufnahme – die durch die Zivilgesellschaft zeitweilig überbrückt werden konnten – müssen jetzt wieder durch die eigentlich zuständigen Behörden und die neuen Integrationscenter unter Beteiligung der engagierten Zivilgesellschaft geschlossen werden.
- Mit den Integrationscentern sollten Bund, Länder und Kommunen sich um die Aufbau professioneller Integrationsstrukturen aus der Zivilgesellschaft heraus bemühen (wie zum Beispiel in der Beratung von Asylsuchenden und anerkannten Flüchtlingen).
- Die finanzielle Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Projekten zur Integration von Flüchtlingen ist gegenwärtig nicht ausreichend. Wir wollen eine Aufstockung der Mittel durch den Bund, insbesondere beim Asyl-, Migrations- und Integrationsfond (AMIF).

- Insgesamt kalkulieren wir jedes Jahr mit Mehrausgaben des Bundes von mindestens vier Milliarden Euro. In den nächsten fünf Jahren bedeutet dies ein Investitionsvolumen von mindestens 20 Milliarden Euro. Das können und müssen wir uns für eine gelingende Integration leisten. Wir haben gute Steuereinnahmen. Deshalb können wir die Aufgabe bewältigen, ohne die Bürger stärker zu belasten.

Die deutsche Geschichte ist auch eine Geschichte der Migration und Flucht, der Integration und des Wandels. Seit den Römischen Verträgen ist sie auch eine Geschichte der europäischen Integration. Unser Land steht 25 Jahre nach der Einheit vor einem neuen Aufbruch. Wenn wir jetzt die richtigen Entscheidungen für die Integration treffen, wird sich unsere Gesellschaft positiv weiterentwickeln.